

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

07.02.2019

Von Karin Leukefeld
08.02.2019

Gegen Gaza und Iran

Wahlkampf in Israel beschränkt sich auf Feindbilder. Schlagworte sind Stärke und Rettung



»Israel vor allem anderen«: Wahlplakat von Netanjahus stärkstem Konkurrenten Benjamin Gantz in Tel Aviv (29.1.2019)

Foto: Amir Cohen/REUTERS

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Am 9. April wird in Israel ein neues Parlament gewählt. Notwendig geworden war die vorgezogene Wahl durch den Rückzug der Partei »Unser Haus Israel« des ehemaligen Verteidigungsministers Avigdor Lieberman aus der Regierung im November. Um die 120 Sitze in der Knesset konkurrieren 14 Parteien, die für einen Einzug ins Parlament jeweils 3,25 Prozent der Stimmen erreichen müssen. 4,7 Millionen Israelis sind wahlberechtigt.

In Benjamin »Benny« Gantz, einem ehemaligen Oberkommandierenden der israelischen Streitkräfte, hat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einen Konkurrenten auf Augenhöhe. Gantz hat Ende 2018 die Partei »Widerstandskraft für Israel« gegründet, die in aktuellen Umfragen mit 38 Prozent direkt hinter der Likud-Partei von Netanjahu mit 41 Prozent liegt. Der pensionierte Generalleutnant präsentiert sein politisches Programm mit martialischen Wahlkampfvideos. »Nur der Starke siegt«, ist die Botschaft eines Videos, das die Ermordung eines Hamas-Kommandanten durch einen gezielten israelischen Luftangriff zeigt. »1.364 Terroristen getötet«, wird in einem anderen Video über Beerdigungen von Palästinensern eingeblendet. Ein dritter Videoclip zeigt die in Trümmern liegende Stadt Gaza nach dem israelischen Angriff »Starker Fels« 2014. »Teile von Gaza wurden in die Steinzeit zurückgebombt«, heißt es dazu triumphierend.

Netanjahu, seit 2009 Ministerpräsident, will wiedergewählt werden. Um von einem Korruptionsverfahren gegen ihn abzulenken, inszeniere er sich als »Retter Israels«, kritisierte Akiva Eldar am 17. Januar im Nahost-Nachrichtenportal *Al-Monitor*, das in Washington ansässig ist. Er erfinde eine Gefahr nach der anderen, schrieb der langjährige Kolumnist der israelischen Tageszeitung *Haaretz*. »Es gibt immer den Iran«, um »für Schlagzeilen zu sorgen«, so Eldar. Er warf Netanjahu vor, mit aggressiven Angriffen auf Syrien Israel in Gefahr zu bringen.

Der Ökonom und Politikwissenschaftler Shir Hever sagte gegenüber *jW*, dass Netanjahu innenpolitisch versuche linke Kritiker mundtot zu machen. Hever, der an der Freien Universität in Berlin zur »Privatisierung der israelischen Sicherheit« promoviert hat, verweist auf die neue Außenpolitik des israelischen Ministerpräsidenten. Netanjahu suche international Kontakte zu ultrarechten und populistischen Politikern und Staatsführern wie in Ungarn, Polen oder Brasilien, um sich deren Unterstützung bei Abstimmungen in der UNO und in der EU über die israelische Besatzungspolitik zu sichern. Umgekehrt seien die jeweiligen Politiker an Kontakten zu Israel interessiert, weil sie dort Waffen, Drohnen, Spionagetechnologie und militärische Ausbildung für die eigenen Sicherheitsapparate einkaufen wollten.

Die Linke in Israel wirkt zerstritten. In der Knesset war sie bisher mit 13 Abgeordneten der Gemeinsamen Liste vertreten, die verschiedene politische Fraktionen sowie Araber und Juden umfasst. Zur Wahl 2015 war die Liste aus den Parteien Chadasch, Ra'am, Balad und Ta'al aufgestellt worden. Die Ta'al-Partei ist nun aus dem Bündnis ausgeschert und will mit dem Knesset-Abgeordneten Ahmed Tibi getrennt kandidieren.

Die Chadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung) war 1977 von der Kommunistischen Partei Israels gegründet worden, um gemeinsam mit anderen linken Parteien auf einer Liste zu kandidieren. Auf ihrem Parteitag Anfang Februar wurde Aiman Auda erneut zum Vorsitzenden gewählt. Aida Tuma-Suleiman kam auf Platz zwei und Ofer Kassif auf Platz drei. Beide gehören der KP Israels an. Politisch fordert die Partei den Stopp des Siedlungsbaus, einen Rückzug der israelischen Armee aus allen 1967 besetzten Gebieten und Gespräche mit den Palästinensern.